

1935 mit dem Bundeskanzleramt Inneres vereint. Sie werden daher in Zukunft von Bundesminister Baar-Barenfels geführt werden. Die in den Ländern befindlichen Wirtschaftskommissare, die bisher dem Generalkommissar direkt unterstellt waren, werden den Sicherheitsdirektoren zugeteilt. Zu gleicher Zeit wird die Vereinheitlichung der Wehroverbände in der vom Bundesführer der Vaterländischen Front und Führer der Wehfront, Ernst Rüdiger Starhemberg, im Einvernehmen mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bereits vor einiger Zeit angekündigten Form durchgeführt. Der neue gemeinsame Wehroverband führt die Bezeichnung „Freiwillige Miliz“ — Oesterreichischer Heimatwehr — und wird der einzige Träger der freiwilligen Wehroverbände in Oesterreich sein.

Um die zweckmäßige Ausbildung und Vereinheitlichung der gesamten Wehrräfte des Volkes zu ermöglichen, wird für eine enge und feste Zusammenarbeit zwischen Wehrrmacht und Miliz vorgesorgt sein. Der Bundeskanzler und Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Schuschnigg hat dem Vizkanzler und Führer der Wehroverbände, Starhemberg, alle diesbezüglichen notwendigen Vollmachten eingeräumt, die erforderlich sind, um die zweckmäßige und reibungslose Zusammenarbeit der Wehrrmacht und der freiwilligen Miliz zu gewährleisten.

Die Umbildung des Kabinetts nach der Kundgebung für Fej am Mittwoch hat in Wiener politischen Kreisen eine Überraschung herbeigeführt. Bisher hat man in dieser Kundgebung eine Stellungnahme zugunsten Fejs und zugleich einen Einspruch gegen eine — wie verschiedene Redner wiederholt hervorhoben — Zurückdrängung Fejs von den Regierungsgeschäften. In politischen Kreisen erblickt man in der Umbildung der Regierung eine Stärkung des Kurzes Starhembergs und zugleich eine Zurückdrängung des Wiener Heimwehrflügels. Bemerkenswert ist die Ausschaltung des bisherigen Landwirtschaftsministers Reither und dessen Erhebung durch Ingenieur Stöckl. Reither hatte in seiner Eigenschaft als Bauernführer wiederholt die Politik Starhembergs und auch die der Heimwehren angegriffen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, leisteten die Mitglieder der neuen Bundesregierung noch am Donnerstagabend den Eid in die Hände des Bundespräsidenten.

Fej mahnt zur Ruhe

Wien, 17. Oktober. Der gewesene Bundesminister Fej hat Donnerstagabend einen Landesbesuch an die Wiener Heimwehr erlassen, in dem es unter Bezugnahme auf die Regierungsumbildung u. a. heißt: „Ich befehle, daß sämtliche Kameraden und Truppen des Wiener Heimatwehres vollkommene Ruhe und Disziplin zu halten haben, sich durch keinerlei Vorgänge, Gerüchte oder Agitationen zu Eigenmächtigkeiten und Disziplinlosigkeiten verleiten lassen. Kameraden! Ihr habt mir gestern eure Liebe und Treue gezeigt, und ich erwarte dafür von Euch, daß Ihr obigen Befehl reiflich Folge leisten werdet.“ Fej schließt den Landesbesuch mit der Weisung, ihn umgehend allen Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Ein Aufruf des Vizkanzlers Starhemberg

Wien, 18. Oktober. Donnerstagabend wurde im Rundfunk ein Aufruf des Vizkanzlers Starhemberg verbreitet. Darin wird erklärt, daß dem neuen vereinstimmlichen Wehroverband der Heimatwehr, die österreichischen Sturmwehren, die christlich-deutschen Turner, der Freiweibbunde und die burgenländischen Landeswehren angehören werden. In den nächsten Tagen würden genaue Anweisungen über die Durchführung der Vereinheitlichung erfolgen. Bis dahin bleibe der augenblickliche Zustand unverändert. Dann heißt es in dem Aufruf wörtlich weiter:

„Ich bin fest entschlossen, die Bedeutung des österreichischen Heimatwehres im politischen Leben Oesterreichs zu erhalten, bin entschlossen, zu erwirken, daß der österreichische Heimatwehler sich um ein mehr gestellten neuen Aufgabes wagt und werde daher rückhaltlos gegen jeden einzelnen, wenn es notwendig ist, auch gegen jede Gruppe vorgehen, die durch Entschaffung eines unverantwortlichen demagogischen Propagandismus wie durch Disziplinlosigkeit die Schlogfertigkeit des Heimatwehres bedroht, wobei ich vor Ausschluß aus den Reihen des österreichischen Heimatwehres und, wenn es sein muß, vor Auflösung einzelner Gruppen nicht zurückzuschrecken werde. Die von Seiten des Heimatwehres einschlagende politische Richtung bestimme ich. Ebenso liegt es an mir, das Martztempo zu bestimmen, mit dem wir uns unserem Ziele, der Erreichung des christlichen Staatsstaates, nähern. Ich kenne meine Ziel und weiß auch, wie wir zu diesem Ziel gelangen können. Undisciplinierte, Kleingläubige und Overtanen sind solche, die nur an eigenen Vorteil denken oder ihrer persönlichen Eitelkeit dienen wollen, mögen rechtzeitig aus den Reihen des Heimatwehres ausscheiden, um es mir zu ersparen, sie auszuschließen zu müssen.“

„In Wien herrscht völlige Ruhe. Alle in Wien und teilweise auch im Ausland verbreiteten Gerüchte über eine Zusammenziehung der niederoesterreichischen Heimwehr an der Grenze Wiens und über die Alarmierung der Wiener Heimwehr werden von zuständigen Stellen als unrichtig bezeichnet. Die öffentlichen Gebäude wurden in verstärkter Mäße gesichert. Ueber die Hintergründe der Kabinettsbildung erfährt man noch, daß die Kundgebung für Minister Fej am Donnerstag beschleunigt worden ist. Fej erklärte Pressevertretern, daß ihn die Ereignisse überrascht hätten. Eine Veränderung des Kurzes werde nicht eintreten. Viel bemerkt wird auch der Umstand, daß der Heimatwehler Dr. Schuschnigg (bisher unterstarb dieses dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg) und das Schuschnigg selbst in seiner Hand hat. Das Heer ist bei Dr. Schuschnigg verblieben.“

Das neue Kabinetts ist genau das 25. seit dem Umsturz im Jahre 1918.

Vorbehalte gegen Sanktionen

Keine Einigung in Genf erzielt.

Genf, 18. Oktober.

Der Wirtschaftsauschuß der Sanktionskonferenz hat am Donnerstag die Beratung der über Italien zu verhängenden Ein- und Ausfuhrperre fortgesetzt. Die Liste der Schlüsselprodukte, deren Ausfuhr nach Italien gesperrt werden soll, wurde nochmals geprüft und durch einige Rohstoffe, z. B. Wolle und Baumwolle, ergänzt.

Größere Schwierigkeiten entstanden bei der Behandlung des endgültigen Antrags in bezug auf die völlige Verweigerung der Annahme italienischer Erzeugnisse. Der polnische Vertreter Mielziński erklärte, seine Regierung müsse bei einer so tief einschneidenden Maßnahme alle Umstände genau kennen, ehe sie Entschlüsse fassen könne. Er warnte

Englands „Nein“ Laval in schwierigster Lage

Die englische Presse berichtet übereinstimmend, die britischen Minister seien der Ansicht, daß eine Verminderung der Flottenstreitkräfte im Mittelmeer bei Fortdauer der gegenwärtigen Spannung und besonders angesichts der italienischen Presseangriffe auf England nicht in Frage komme.

In einem Bericht des Pariser „Times“-Vertreters heißt es, die britische Antwort auf Laval's Anfrage laute: Nein. Man nehme an, daß in der Note auch erklärt werde, die britische Regierung würde nur bereit sein, einen Vorschlag zur Regelung des ganzen Streitfalles zu erwägen, falls die italienischen Truppen aus Abessinien zurückgezogen würden.

Sie erinnere wohl auch daran, daß Mussolini durch den Krieg eine Anzahl feierlicher Verpflichtungen gebrochen habe, was den Wert künftiger Versprechungen von vornherein vermindere. Es seien jetzt weitere Einzelheiten der Umstände bekannt geworden, unter denen Laval's Anfrage gestellt worden sei. Bei einer Unterredung am Montag habe der britische Botschafter namens seiner Regierung Laval gefragt, ob er zu Zusicherungen bereit sei, die Verpflichtungen des Abzuges 3 des Artikel 16 der Völkervereinbarung bis zum äußersten zu erfüllen. Dieser Abzug setze vor, daß die Völkervereinbarung einander Hilfe leisten sollen im Falle von Sondermaßnahmen, die der vertragsbrüchige Staat gegen einen von ihnen zur Anwendung bringt. Laval habe geantwortet:

Frankreich werde seine Verpflichtungen erfüllen, habe aber unter Hinweis auf die Uneinigkeit der französischen Oeffentlichkeit um eine Verminderung der britischen Mittelmeersflotte für den Fall ersucht, daß Italien vorher seine Truppenverstärkungen aus Libyen zurückziehe.

Die Nachricht, daß Laval einen Friedensplan vorgelegt habe, sei unbegründet. Er habe nur in allgemeinen Wendungen von einer eventuellen Friedensgrundlage gesprochen. Zweifellos habe er auch daran gedacht, daß eine italienische Weigerung, die Truppen aus Libyen zurückzuführen, seine Stellung gegenüber den französischen Feinden von Sühnmaßnahmen erheblich stärken würde. Die britische Antwort werde daher Laval's schwierige Lage sicher noch schwieriger machen, wenn auch wohl zahlreiche Franzosen einsehen würden, daß sie wertvoll gewesen sei insofern, als sie eine unvermeidliche Entscheidung nähergebracht habe.

Laval stehe jetzt noch dem Fehlschlag seines Verständigungsversuches einer kritischen Entscheidung gegenüber.

Er werde den heftigen Widerstand vieler Franzosen finden, die in einem Fehlschlag des italienisch-fachsischen Abenteurers den Tod ihrer eigenen Hoffnungen im Innern Frank-

reich erblickten. Hinzu komme die hartnäckige Weigerung eines großen Teiles der französischen Oeffentlichkeit, an die Selbstlosigkeit der britischen Beweggründe zu glauben, und ein noch hartnäckiger Widerstand gegen Befähigung der Zusammenarbeit mit England und Italien wegen des jetzigen Streitfalles. Auch diese Kreise würden ihre Entscheidung zu treffen haben. Einige von ihnen, besonders die Faschisten, hätten bereits erklärt, sie seien entschlossen, lieber „auf die Straße zu gehen“ als einen Zusammenstoß zwischen Franzosen und Italienern zu erleben, und zwar selbst wenn England angegriffen werden sollte.

Bessermus in Paris

Auch in Paris ist die allgemeine Stimmung recht pessimistisch, da nach Auffassung der Presse ebenso wie der Generalkonferenz der großen Nachrichtenblätter die Gegenstände zwischen den angeblühenden von Frankreich vorgeschlagenen Verständigungsmaßnahmen und den englischen Forderungen so groß sind, daß an eine Ueberbrückung im Augenblick nicht gedacht werden kann.

Die „Agence Economique et Financiere“ will in zuständigen Kreisen über den französischen Standpunkt folgendes erfahren haben: Laval habe dem englischen Botschafter nur erneut bestätigen können, daß er bis ans Ende der im Artikel 16 vorgesehenen Verpflichtungen gehen werde, das heißt: Frankreich werde Großbritannien seinen militärischen Bestand gewähren, wenn Großbritannien auf Grund von Maßnahmen angegriffen werde, die es in Anwendung der Völkervereinbarung durchführe.

Frankreich brauche also nicht einzugreifen, wenn die englische Flotte zur gegenwärtigen Stunde im Mittelmeer angegriffen werde, denn die Anwesenheit der englischen Flotte im Mittelmeer sei für die Durchführung der Sühnmaßnahmen nicht notwendig. Sollte sich zwischen der englischen und der italienischen Flotte ein Zwischenfall ergeben, würde er nicht automatisch als ein italienischer Angriff betrachtet werden, sondern als ein neuer Fall, der eine neue Prüfung durch den Völkervereinbarung erfordere, um den Angreifer zu bezeichnen.

„Paris Ridi“ sagt, daß die Ausöhnungsbemühungen Laval's weder von London noch von Rom unterstützt würden. Die französische Politik habe bisher darin bestanden, zwischen wirtschaftlichen und militärischen Sühnmaßnahmen zu unterscheiden. Die englische Politik bestehe hingegen darin, darauf hinzuwirken, daß man fast unmerklich von einer wirtschaftlichen Blockade zu Kriegshandlungen übergleiten könnte. Die Engländer forderten Frankreich auf, zwischen dem Völkervereinbarung und Italien zu wählen, das heißt zwischen England und Italien.

Entschädigung für entweichende Ausfälle

Genf, 18. Oktober

In der allgemeinen Aussprache über die gegenseitige Hilfestellung der an wirtschaftlichen Sühnmaßnahmen teilnehmenden Staaten einige man sich in großen Fragen auf einen französischen Plan, der vorsieht, daß für die entweichenden Ausfälle neue Absatzgebiete erschlossen werden sollen und daß außerdem solche Staaten, die durch die Ausfuhrperre nach Italien besonders in Mitleidenschaft gezogen werden, eine finanzielle Unterstützung in Form von Krediten oder Anleihen erhalten sollen.

Es besteht die Absicht, noch Freitagabend die Vollkonferenz einzuberufen und gegebenenfalls in einer Nachtigung das gesamte Fragegebiet verabschieden zu lassen. Eden wird am Sonnabend auf einige Tage nach London reisen. Gleichzeitig sollen die Beschlüsse der Sanktionskonferenz den Nichtmitgliedern zur Stellungnahme unterbreitet werden.“

Die Arktis als Verkehrsstraße

Ein sowjetrußischer Dampfer ist augenblicklich von Wladivostok nach London unterwegs. Das Schiff fährt aber nicht die übliche Route durch die Südsee, den Indischen Ozean usw., sondern über die Arktis.

Unterwegs lehte der Dampfer auf der Insel Kosima westlich der Wrangelinsel 170 Menschen mit Nahrungsmitteln ab. Die Menschen, Männer, Frauen und Kinder, sollen dort eine neue Artstation anlegen. Durch das Treiben hat sich das Schiff einen Weg nach Tschukotka an der Mündung des Lena, um dann seine Fahrt über Kuraumak nach London fortzusetzen.

Mit der Fahrt soll der Beweis erbracht werden, um den sich die Sowjetrußen schon seit langem bemühen, daß nämlich die Arktis sehr wohl als Verkehrsstraße zwischen dem europäischen Kontinent und dem Fernen Osten dienen kann. Das Schiff ist bisher drei Monate unterwegs, also längere Zeit, als es für die südliche Route gebraucht hätte. Wichtig ist der Weg über die Arktis für die Sowjetrußen aber insofern, als auf ihm die Mündungen der großen sibirischen Flüsse angelassen werden können, dann aber spielen auch strategische Rücksichten eine große Rolle, denn die Route durch die Arktis kann in einem Krisenfälle kaum unterbrochen werden.

Großer Briefmarkendiebstahl. Eine Briefmarkensammlung im Gesamtwert von etwa 58 000 Schweizer Franken wurde gestohlen. Das Verbrechen war in Basel in der Schweiz begangen und in Paris vollendet worden. Es handelt sich um eine große Sammlung alter Briefmarken, in der sich auch viele Marken mit besonders wertvollen Abtimpelungen befinden. Diese Abtimpelungen sind auch teilweise auf den Marken 800 bis 1000. Der Geschädigte hat für die Wiederherbeischaffung der ganzen Sammlung eine Belohnung von 2000 Franken ausgesetzt.